

Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVI/93

17. Mai 1971

Das Signal von Tiflis

Neue Möglichkeit für Friedenssicherung

Seite 1 / 44 Zeilen

Gewerkschafts-Sympathie für die Bundesregierung

Die Bedeutung des Düsseldorfer DGB-Tages

Seite 2 und 2a / 69 Zeilen

Unterentwickeltes "Raumbewußtsein"

Anmerkungen zur Entwicklung der Forschungs-
satelliten

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages und stellv. Vorsitzender des
Wissenschaftsausschusses des Europarates

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Breschnjew und die Helsinki-Konferenz der
Sozialdemokraten

Seite 5 / 37 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8753
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38
Telex: 888 840 688 847
685848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Das Signal von Tiflis

Neue Möglichkeit für Friedenssicherung

Überraschend schnelle Zustimmung hat beim USA-Präsidenten Richard M. Nixon der in Tiflis ausgesprochene Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Leonid I. Breschnjew gefunden, in Verhandlungen über einen Abbau der Rüstungen und Truppenstärken in Europa einzutreten. Mit dieser positiven Bewertung des Signals von Tiflis stimmen die deutschen Sozialdemokraten überein. Sie sind sowohl in der Opposition als auch in der Regierungsführung stets mit besonderem Nachdruck für eine solche Regelung im Interesse einer Entspannung und eines gesicherten Friedens in Europa eingetreten. Allerdings legten sie auch immer Wert auf die Feststellung, daß ein Rüstungsabbau und eine Truppenverringerung in Europa gleichzeitig, ausgewogen und gleichwertig erfolgen müsse, um ein Gleichgewicht der militärischen Stärke zwischen den beiden Blöcken weiter zu erhalten. Eine einseitig vorgenommene Reduzierung hätte verhängnisvolle Auswirkungen.

Hat der demokratische US-Senator Mansfield dies auch bedacht, als er vor einigen Tagen seine aufsehenerregende, freilich nicht zum ersten Mal erhobene Forderung stellte, die USA mögen ihre in Europa stationierten Truppen etwa um die Hälfte verringern, ohne daß sowjetische Gegenleistungen erfolgen? Einen "Fehler von historischen Ausmaßen" hat Nixon den Vorstoß Mansfield genannt, wenn man ihm folgen wollte. Nun wird das freilich nicht geschehen, weil zuviel auf dem Spiel stünde. Die einseitige Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa würde zu einer Aushöhlung der NATO führen, die Unsicherheit steigern und all das gefährden, was in kollektiver Zusammenarbeit in 20 Jahren an Sicherheit im nichtkommunistischen Europa geschaffen worden ist.

Ein Abbau von Rüstungen und Truppen in Europa kann nur das Produkt gegenseitigen Einverständnisses zwischen den beiden Pakt-systemen sein. Eine Bereitschaft dazu war von der gesamten NATO schon auf ihrer Tagung in Reykjavik im Jahre 1968 ausgesprochen worden und entsprechende, von den Mitgliedern ausgearbeitete Studien liegen zur Genüge vor.

Auf der Juni-Tagung des NATO-Ministerrates in Lissabon dürfte als Folge des Signals von Tiflis unter Zustimmung von Nixon nach Mittel und Wegen gesucht werden, um die Verhandlungen mit der Sowjetunion zu beschleunigen. Ist das Wort Breschnjews über Truppenverminderung und Rüstungsabbau ernst gemeint, so eröffnet sich die Aussicht, eine dreijährige Stagnation zu beenden. Allerdings ist noch ein weiter und mühseliger Weg zur europäischen Friedenssicherung zurückzulegen, ehe von allen Völkern dieses Kontinents die Furcht voreinander genommen sein wird.

(ac/ae/17.5.1971/ks)

+ + +

Gewerkschafts-Sympathie für die Bundesregierung

Die Bedeutung des Düsseldorfer DGB-Tages

Es mag manchen überrascht haben, daß sich der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß, der als festumrissenes Programm ausschließlich Satzungsänderungen beraten sollte und beschließen wollte, mit aktuellen politischen Fragen befaßte, und daß außerdem noch eine Entschließung angenommen wurde, in der ebenfalls zu diesen Fragen Stellung bezogen wurde. Aber kann denn ein DGB-Bundeskongreß, das höchste Gremium einer Organisation von 5,7 Millionen Arbeitnehmern, überhaupt an aktuellen politischen Geschehen vorbeigehen, wenn er zu einem Zeitpunkt tagt, an dem neue währungs- und wirtschaftspolitische Akzente gesetzt werden?

Der DGB war gut beraten, auf die durch die Freigabe des DM-Wechselkurses und den Rücktritt des Bundesfinanzministers Möller charakterisierte Lage einzugehen, zumal die Stabilitätspolitik der Bundesregierung in ihrer innerpolitischen Phase auch mit dem Verständnis der Gewerkschaften rechnen muß. Wieviel Verständnis darf die Bundesregierung dabei erwarten? Die Sendboten aus Bonn, die im Düsseldorfer Kongreßsaal auf Horchposten gegangen waren, um auf diese Frage eine Antwort zu finden, konnten zufrieden sein.

Töne der Sympathie für die Anstrengungen der Bundesregierung um die Stabilität waren in Düsseldorf unüberhörbar. Daß die zu erwartenden Etat Kürzungen auch das Tempo der inneren Reformen beeinflussen werden, liegt auf der Hand. Da sich die Gewerkschaften in dieser Hinsicht keine Illusionen machen, betonten sie auf dem Außerordentlichen Kongreß lediglich die Bedeutung von zwei Forderungen: 1/ der flexiblen Altersgrenze in der sozialen Rentenversicherung und 2/ der Reform des Betriebsverfassungs- und des Personalvertretungsgesetzes. In diesen Fragen den gewerkschaftlichen Vorstellungen zu entsprechen, wäre eine politische Entscheidung, die nicht direkt den Etat belastet.

Diese Überlegung hat sicherlich in Düsseldorf eine Rolle gespielt.

Was den Wert der Satzungsänderungen betrifft, die auf dem Außerordentlichen Kongreß beschlossen wurden, so kann man sehr geteilter Meinung sein. Gewiß hat es keine sensationellen Strukturverschiebungen gegeben, aber immerhin wurde die Schlagfähigkeit des DGB dadurch gestärkt, daß die Kompetenzen des zweithöchsten Beschlußgremiums, des Bundesausschusses, wesentlich erweitert wurden. Daß auch das "totale Veto" gegen die Aufnahme anderer Arbeitnehmerorganisationen in den DGB beseitigt wurde, kann weittragende Auswirkungen haben. Als sehr bezeichnend muß ferner die Tatsache gewertet werden, daß in Zukunft im DGB eigene "Arbeiterschüsse" tätig sein sollen.

Die Notwendigkeit, solche "Arbeiterschüsse" zu bilden, zeigt mit aller Deutlichkeit, welchem ständigen Wandel alle Organisationen in ihrer Zusammensetzung und ihrer Zielsetzung unterworfen sind. Dies sollten sich in den Reihen des DGB jene Kritiker klar machen, die in Düsseldorf bedauerten, daß es in der Bundesrepublik keine "Arbeitnehmerpartei" mehr gäbe, sondern nur noch Volksparteien. Ihre Feststellung ist nicht zu bestreiten. Der Unterschied besteht jedoch unter anderem darin, ob diese Volksparteien, wie die SPD, weitgehend von den Beiträgen ihrer Mitglieder oder aber, wie die CDU, von den Spenden anonymer Geldgeber finanziert werden. Welche Interessen diese Geldgeber verfolgen, wurde auf dem letzten CDU-Parteitag deutlich, der in derselben Messehalle, in der der Außerordentliche DGB-Kongreß getagt hat, die paritätische Mitbestimmung zu Grabe trug. Der DGB war sich in Düsseldorf in der Meinung einig, daß die neue Satzung lediglich weitergehende Reformen eingeleitet habe. Dabei sollten sich die Gewerkschaften nicht überstürzen. Denn schließlich ist der DGB eine der modernsten Gewerkschafts-Bewegungen der Welt und eine der erfolgreichsten dazu.

(mc/ae/17.5.1971/bgy)

+ - +

Unterentwickeltes "Raumbewußtsein"

Anmerkungen zur Entwicklung der Forschungssatelliten

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und stellv.
Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses des Europarates

Als vor wenigen Tagen auf der äquatorialen Startanlage der "ELDO" in Kourou/Französisch-Guayana auf dem neugebauten Startkomplex die ersten Erprobungen der "Europa II"-Rakete (F 11) einsetzten, haben nahezu alle namhaften französischen Tageszeitungen dieses Ereignis in ausführlichen Berichten auf den Titelseiten gewürdigt. Obwohl die Bundesrepublik in erheblichem Umfange an diesem Projekt beteiligt ist - sie trägt etwa 36 vH. der Kosten und entwickelt mit den Firmen Messerschmitt/Bölkow/Blom und dem Entwicklungsring Nord die Dritte Stufe - wurde das Ereignis in Deutschland kaum erwähnt.

In der Bundesrepublik ist das "Raumbewußtsein" noch sehr unterentwickelt, obwohl man auf die Ergebnisse im Bereich der Forschungs- und Anwendungssatelliten durchaus stolz sein könnte. Das von der Bundesregierung vorgelegte Basisprogramm für die Raumfahrtindustrie bis 1974 weist eine deutsche Beteiligung bei einer Fülle von europäischen Vorhaben aus. Dabei kommt die größte Bedeutung dem "ELDO-Zusatzprogramm" zu. Dieses sieht die Weiterentwicklung der "Europa I" zur vierstufigen Trägerrakete "Europa II" vor, die im Stande sein soll, von Kourou aus Satelliten der 200-kg-Klasse, die zusätzlich mit einem Apogäumsmotor ausgerüstet sind, bis in die geostationäre Umlaufbahn in rd. 36.000 km Höhe zu bringen. Der neue Zielplan dieses Projekts ist genehmigt. Zunächst vorgesehen sind zwei Starts im Oktober 1971 und im März 1972.

Angesichts der sich abzeichnenden Einsatzmöglichkeiten von Anwendungssatelliten haben die Arbeiten der "ELDO" für

die Bundesrepublik eine hohe Bedeutung. Mit Frankreich ist die Entwicklung und Erprobung des experimentellen Fernmeldesatelliten "Symphonie" vorgesehen, der 1973 mit der Trägerrakete "Europa II" gestartet werden soll. Geplant ist ferner die Entwicklung von geophysikalischen Satelliten, mit denen experimentell die Chancen der Nutzung von Satelliten für meteorologische Zwecke und die Erkundung der Lagerstätten von Bodenschätzen, die Beobachtung großer Gebiete der Erdoberfläche für Zwecke der Land- und Forstwirtschaft sowie für die Ozeanographie ermöglicht werden sollen.

Zu beklagen ist bei den sich anbietenden Möglichkeiten die Uneinigkeit in Europa. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Hans Leussink, weist mit Recht immer wieder darauf hin, daß man in der europäischen Weltraumforschung seit Jahren vergeblich nach dem größten gemeinsamen Vielfachen sucht, ohne sich auf den kleinsten Nenner einigen zu können. Die Entscheidung der 4. Europäischen Raumfahrtkonferenz in Brüssel hat deutlich gemacht, daß leider nur Frankreich, Belgien und die Bundesrepublik entschlossen sind, die Trägerentwicklung fortzusetzen. Für ein mehrjähriges "ESRO"-Programm fehlen die gemeinsamen europäischen Zielsetzungen. Die deutsche Industrie arbeitet an zahlreichen Programmen. Noch in diesem Jahr soll der Start von "HEOS - A 2" erfolgen, der bei Messerschmitt/Bölkow/Blitz entwickelt wurde. Im Frühjahr 1972 sollen die Satelliten PD 1 und "ESRO IV" folgen, an denen u.a. die Firmen ERNO, Siemens und AEG-Telefunken beteiligt sind.

Erfreulich sind die Bemühungen von Prof. Leussink, es letztlich doch noch zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit der Mehrzahl der europäischen Staaten an einem kohärenten europäischen Weltraumprogramm zu bringen. Kann das nicht gelingen, sollten diejenigen europäischen Staaten, die vor allem mit Frankreich und der Bundesrepublik zur Zusammenarbeit bereit sind, ein reduziertes Programm sicherstellen. Die jetzt in Keureu erzielten Ergebnisse rechtfertigen jeden Einsatz. (L/ex/17.5.1971/ks)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Breschnjew und die Helsinki-Konferenz der Sozialdemokraten

Der Generalsekretär der KPdSU, Leonid I. Breschnjew, befaßte sich in seiner Ansprache zur Festsitzung des Zentralkomitees der KP und des Obersten Sowjets der Georgischen (Grusinischen) SSR, die am 14. Mai 1971 in Tibilis (Tbilisi) aus Anlaß des "50. Gründungstages der Sowjetmacht in Georgien" stattfand, auch mit außenpolitischen Problemen. In drei Absätzen ging Breschnjew auf die für den 25. bis 27. Mai bevorstehende Sitzung der Sozialistischen Internationale in Helsinki ein. Wir geben diese Passagen im Wortlaut wieder:

"Den Presseberichten zufolge, werden sozialdemokratische Führer, darunter Vertreter vieler regierender Parteien Ende dieses Monats in der Hauptstadt Finnlands zusammentreffen, um eine Sitzung des Rates der Sozialistischen Internationale abzuhalten. Sie werden dabei die europäische Sicherheit, das Nahost- und das Indochina-Problem besprechen. Das sind brennende Probleme, von deren gerechten Lösung in großem Maße die Entwicklung der gesamten internationalen Situation abhängen wird. Danach, wie die Delegierten zu der Sitzung an diese Probleme herangehen werden, werden wir in der Lage sein zu urteilen, ob sie wirklich nach der Milderung der internationalen Spannungen und der Festigung des Friedens streben.

Die Interessen der Bewegung der Arbeiterklasse und die Interessen des Weltfriedens erfordern, daß diejenigen, die in Helsinki Entscheidungen treffen werden, die ungeheueren Verbrechen, die von den imperialistischen Aggressoren in Vietnam, Kambodscha und Laos sowie in den besetzten Gebieten der arabischen Länder verübt worden, nicht vergessen werden.

Die Interessen der europäischen Länder erfordern, daß sie den Willen ihrer Völker nicht vergessen sollten, die eine völlige Beseitigung des Erbes des Kalten Krieges und eine baldige Herbeiführung einer Atmosphäre der Zusammenarbeit und der gutnachbarlichen Beziehungen in Europa wünschen. Wenn sie das unterlassen werden, dann werden die Teilnehmer an der Sitzung nur bestätigen, daß ihre 'Internationale' es weiterhin vorzieht, der Stimme derjenigen zuzuhören, die die NATO-Politik gestalten, und nicht der Stimme der Massen."

(md/ae/17.5.1971/bgy)